

blick nach rechts

A 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 24 26. November 1997

→ Rechte Volksvertreter Seite 3

In Hamburg ist die rechtsextremistische „Deutsche Volksunion“ jetzt mit 13 Abgeordneten in den Bezirksparlamenten vertreten. Ihren kommunalpolitischen Einstand würzten die frischgebackenen Mandatsträger mit fremdenfeindlichem Vokabular.

→ Willfährige Helfer Seite 4

Auch die deutsche Polizei hat ein düsteres Kapitel ihrer Vergangenheit aufzuarbeiten. Viele Polizeibeamte waren tief in die Verbrechen und den Völkermord der Nazis verstrickt.

→ Schauplatz Orthographie Seite 8

Die extreme Rechte hat in der geplanten Rechtschreibreform ein neues Agitationsfeld entdeckt. Auch konservative Kreise sehen in einer Änderung der Schreibweise eine Zerstörung der deutschen Sprachkultur.

→ Rückenwind für Le Pen Seite 10

Bei der bürgerlichen Rechten in Frankreich scheint der Widerstand gegen Wahlabsprachen mit dem rechtsextremen Front National sichtbar dahinzuschwinden.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/255 94-100, Fax 030/255 94-190

Rentenentzug für Nazi-Täter

Späte Einsicht

Fast ein halbes Jahrhundert hat es gedauert, bis ein schreckliches Versäumnis nachgeholt wurde: Der Bundestag beschloß endlich ein Gesetz, das es ermöglicht, in Deutschland lebenden NS-Kriegsverbrechern endlich ihre Kriegsofferrenten zu kürzen oder zu entziehen. Doch viele überlebende Opfer der Nazi-Gewaltherrschaft warten immer noch auf eine Geste.

Mehr als ein politisches und moralisches Signal war der längst überfällige Beschluß nicht, den der Bundestag am 13. November faßte. Immerhin wurde eine Gesetzeslücke geschlossen, die schon lange im Inland auf Unverständnis und im Ausland auf Proteste stieß. Das Bundesversorgungsgesetz enthält nun einen neuen, eingefügten Paragraphen mit diesem Wortlaut:

„Leistungen sind zu versagen, wenn der Berechtigte oder derjenige, von dem sich die Berechtigung ableitet, während der Herrschaft des Nationalsozialismus gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat.“ Als Anhaltspunkt für eine Einzelfallprüfung wird eine freiwillige Mitgliedschaft in der SS genannt.

In der Bundestagsdebatte sprachen Birgit Schnieper-Jastram für die CDU/CSU, die Vorsitzende des Sozialausschusses Ulrike Mascher für die SPD, der Bündnisgrüne Volker Beck, Gisela Babel von der FDP und Heidi Knake-Werner (PDS). Alle waren einig, daß es Zeit wurde, den Fehler im Versorgungsrecht zu beseitigen. Und alle waren erleichtert, daß dies fast einstimmig geschah. Hinter den Kulissen war lange an einem Kompromiß gefeilt worden, weil komplizierte Detailfragen zu lösen waren. Ein Scheitern wäre nicht nur peinlich, sondern unverantwortlich gewesen.

Auszüge aus der Debatte, die zu später Stunde vor fast leeren Bänken stattfand:

„Es ist natürlich eine Ungerechtigkeit, wenn NS-Schergen, die sich feiger und unmenschlicher Verbrechen schuldig gemacht haben, staatlich versorgt werden, während die Opfer keinerlei Entschädigung erhalten.“ (Schnieper-Jastram) „Die hochgespannten Erwartungen, endlich die jahrzehntelangen beschämenden Versäumnisse bei der Strafverfolgung von Tätern, die gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaat-

lichkeit verstoßen haben, damit aufarbeiten zu können, werden fürchte ich, ins Leere gehen.“ Das Gesetz werde nur diejenigen erreichen, „die gesundheitliche Schäden durch Kriegshandlungen erfahren“ haben (Mascher).

„Schließlich hat der Bundestag die Kraft gefunden, falsche Bewertungen des Gesetzgebers zu korrigieren. Er hat damit auch einen wichtigen Schritt für die Geschichtsaufarbeitung geleistet. Wir kommen damit Forderungen vieler Verbände aus der jüdischen Welt, der Initiative ‘Gegen das Vergessen’ und des Bundesrates nach.“ (Beck) „Insgesamt haben wir bei diesem sehr sensiblen Thema jetzt ein Ergebnis gefunden, das verfassungsrechtlich korrekt, vor allem aber gerecht ist.“ (Babel). „Die Entscheidung heute ist ein wichtiges Signal für die Öffentlichkeit. ... Aber das gesamte Regelwerk des Versorgungs-, Fürsorge- und Entschädigungsrechts für die NS-Herrschaft gehört überprüft und politisch verantwortlich und sozial gerecht ausgestaltet.“ (Knake-Werner)

Daß es aus der SPD-Fraktion einzelne Gegenstimmen gab, wunderte manche. Doch der Verdacht, in den Reihen der Sozialdemokraten gebe es manche, die das Unrecht billigen, ist eine Unterstellung. Dahinter stecken prinzipielle Gründe. Denn Sozialrecht und Strafrecht sollen eigentlich nicht miteinander vermischt werden. „Verbrechen sollen im Gefängnis verbüßt werden und nicht durch Altersarmut“, sagte Schnieper-Jastram. Und Mascher brachte das Beispiel: „Wenn eine Witwe, die von den Greueln ihres verstorbenen Ehemannes bisher nicht einmal Kenntnis hatte, seit Jahrzehnten Hinterbliebenenversorgung erhält, kann das Vertrauen auf die Fortgewährung der Leistung überwiegen.“ Also gibt es für diese Fälle einen Vertrauensschutz: 60 Prozent der Bezieher von Kriegsopferversorgungen sind Witwen.

Aber wo, so fragte nicht nur Ulrike Mascher im Bundestag, bleibt der entscheidende Schritt hin zu einem anderen Umgang mit den Opfern des Nazi-terrors: Mit den Deserteuren, den Zwangsarbeiterinnen, den Überlebenden aus den Konzentrationslagern in Osteuropa, mit den Homosexuellen, den Sinti und Roma oder den Zwangssterilisierten? Die Liste der vergessenen Opfer ist lang. So vernünftig es war, den Tätern die unberechtigten Zusatzrenten zu streichen, so schändlich ist es, die Opfer immer länger hinzuhalten. Vielleicht hilft das überparteiliche Signal, auch bei der Opferentschädigung einen Konsens zu finden. Die Zeit drängt.

Helmut Lölhöfel

Kommunalpolitisches Debüt der DVU:

„In der Tradition von 1933 an“

Den Einzug in das Hamburger Rathaus hat die „Deutsche Volksunion“ (DVU) bei den Wahlen zur Bürgerschaft am 21. September mit 4,9 Prozent knapp verpaßt. Auf kommunaler Ebene ist die rechtsextremistische Truppe des Dr. Frey dagegen mit 13 Abgeordneten in vier von sieben Bezirksparlamenten vertreten: vier DVU-Vertreter sitzen in Mitte in der Bezirksversammlung und je drei ein Bergedorf, Harburg und Wandsbek. So viele Abgeordnete in den Bezirken stellte bisher keine rechtsextreme Partei.

Der Hamburger DVU-Landesvorsitzende Heinrich Gerlach nutzte das kommunalpolitische Debüt seiner Partei in Wandsbek für eine „Grundsatzerklärung“, die der Integration von Ausländern, insbesondere von Türken, eine radikale Absage erteilte. Deutsches Geld solle nur für deutsche Aufgaben zur Verfügung gestellt werden, forderte Gerlach unter lauten Zwischenrufen erregter Vertreter der anderen Parteien und drei Dutzend protestierender Zuhörer. Die aufgebrachte Stimmung kochte besonders hoch, als Gerlach einen Reichsjustizminister zitieren wollte. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Ingo Egloff fand harte Worte für den wortgewaltigen Auftritt des Hamburger DVU-Chefs: „Sie stehen in der Tradition derjenigen, die von 1933 an Unglück über Deutschland gebracht haben.“ Der Gescholtene zeigte sich wenig einsichtig und bezeichnete die anderen in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien als verfassungsfeindlich. Begründung: Sie wollten nicht mit der DVU, die in Wandsbek 5,5 Prozent der Stimmen erhalten habe, zusammenarbeiten.

Im Bezirk Mitte erreichte die DVU mit 8,5 Prozent ihr Rekordergebnis auf Bezirksebene und stellt mit dem 82jährigen Karl Löbner den Alterspräsidenten. Der rechtsextreme Volksvertreter reagierte auf Protestrufe während seiner Eröffnungsrede zur konstituierenden Sitzung mit einer leichten Abwandlung eines Zitats von Rosa Luxemburg: „Möge die Freiheit in diesem Haus auch immer die Freiheit des Andersdenkenden sein.“ Schon eigentümlich: ein Repräsentant einer rechtsextremistischen Partei zitiert eine Kommunistin.

Kreide geschluckt hatte dagegen der Harburger DVU-Bezirksabgeordnete Ulf Aschomeit, als er von der lokalen Presse über die Ziele seiner Partei befragt wurde: „Wir haben überhaupt nichts gegen ausländische Gäste. Deutschland ist multikulturell. (sic!) Nur straffällig gewordene Ausländer sollen abgeschoben werden“, sagte der Angestellte in einem Reinigungsbetrieb. Den Slogan „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“ wollte er im Gespräch mit den „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ lieber nicht kommentieren. Schließlich ließ er sich noch entlocken, daß die DVU mehr an deutsche Bürger denken will als an den „ausländischen Gast“. Bei der Frage nach programmatischen Zielen seiner Partei mußte der 32jährige allerdings passen. Dieses Schweigen deckt sich im übrigen mit der Erkenntnis der Hamburger Verfassungsschützer, in deren aktuellem Bericht zu lesen ist: „Das Parteiprogramm ist vage formuliert und vermeidet weitgehend extremistische Forderungen. Es entspricht nach Umfang und Inhalt nicht den Programmen anderer Parteien“. Die Mitgliederzahl des Hamburger DVU-Landesverbandes beziffert der Verfassungsschutz auf 600.

„Der ausländische Gast“

Während nach den spektakulären Auftritten der Vertreter des rechten Randes wieder der Arbeitsalltag eingekehrt ist, hat eine Wahlkampfmarginale möglicherweise ein gerichtliches Nachspiel. Gegen zwei Hamburger Flugunternehmer, die ein von der DVU angemietetes Flugzeug „escortieren“, wird wegen Verdachts der Behinderung des Luftverkehrs ermittelt. Die Piloten hatten den im Schlepptau mitgeführten Slogan „Wählt DVU“ mit der Gegenparole „Nazis raus“ kommentiert und sollen dabei den für die DVU gestarteten Flieger der Hildesheimer-Hannoveraner Firma „Hanno-Flug“ gefährdet haben. Weil es sich um eine politisch motivierte Aktion handelt, kümmert sich der Staatsschutz um den „Luftkampf“ vom September.

Mittlerweile hat die DVU Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 21. September eingelegt. Die Partei will damit erreichen, daß das Abstimmungsergebnis wiederholt wird. Zumindest sollen die Stimmzettel neu ausgezählt werden. Der DVU hatten bei der Landtagswahl 190 Stimmen zum Einzug in das Rathaus der Hansestadt gefehlt. Ein zuvor von der DVU angestregtes Verfahren wegen Wahlfälschung hat die Staatsanwaltschaft eingestellt.

Die deutsche Polizei
und ihre Vergangenheit

Handlanger des NS-Regimes

„Ihr, unsere gefallenen Kameraden, lebt in unserer Erinnerung, solange wir atmen dürfen. Ihr seht die Not des Vaterlandes, ihr brachtet in heiliger Zucht euer Opfer... Unseren toten Kameraden gilt unser Gedenken, die gefallen sind, damit Deutschland lebe.“ Diese Sätze stammen nicht aus der Nazizeit. Ihr Autor, der Polizeioffizier Lankenau, schloß mit ihnen sein Buch „Polizei im Einsatz“, das erst 1967 erschien. Lankenau war bis 1942 Befehlshaber der Ordnungspolizei im Wehrkreis VI, der dem Bundesland Nordrhein-Westfalen entspricht. Kein Wunder, daß er seiner ehemaligen Truppe pauschal einen Persilschein ausstellte. Das hat das Deutsche Rote Kreuz ebenso getan wie die Deutsche Reichsbahn, die Wehrmacht und viele andere Organisationen. Es mußte erst mehr Zeit vergehen, ehe die Wahrheit nach und nach zutage kam. Für die Ordnungspolizei konnte Lankenau diese Lügen in die Welt setzen, obwohl zu jener Zeit beim Landgericht Ulm das erste große Strafverfahren gegen des Mordes verdächtige deutsche Polizeibeamte lief: der berühmte Ulmer Einsatzgruppenprozeß, der im August 1958 mit hohen Freiheitsstrafen zu Ende ging. Doch die Öffentlichkeit nahm von diesem Prozeß kaum Kenntnis. Persilscheine wie die von Lankenau waren beliebter.

Zehn Jahre später begann sich das innenpolitische Klima zu ändern. Die Unruhen der 68er standen vor der Tür. Das bekam die deutsche Polizei nicht zuletzt von Wuppertal aus zu spüren. Dort begann damals ein großes Strafverfahren gegen ursprünglich 23 Polizisten, von denen schließlich am 10. Oktober 1967 14 auf der Anklagebank Platz nehmen mußten. Da es im Landgericht keinen Raum gab, der für so viele Angeklagte und deren Verteidiger groß genug war, tagte das Schwurgericht im größten Saal des Polizeipräsidiums. In nur 35 Sitzungen konnte die Justiz mit Landgerichtsdirektor Dr. Norbert Simgen an der Spitze beweisen, daß diese Polizeibeamten im Sommer 1941 in Bialystok – damals eine russische, heute polnische Stadt – etwa 1.000 Juden in die örtliche Synagoge gepfercht hatten, um sie darin zu verbrennen. Es war ein Verfahren mit breitem Interesse der regionalen

Öffentlichkeit. Auch die Ordnungspolizei bestand aus Mordbrigaden, war nicht besser als Teile der Wehrmacht, die SS und die Sonderkommandos.

30 Jahre nach dem Beginn des Wuppertaler Verfahrens bekannte am 28. September 1997 der Wuppertaler Polizeipräsident Klaus Köhler im ehemaligen Sitzungssaal: „Es waren Polizeibeamte aus dieser Stadt.“ Die Wuppertaler Begegnungsstätte „Alte Synagoge“, der Asta der Universität sowie das „Autonome Zentrum Wuppertal“ hatten zur Erinnerung an den Prozeß zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Mehr als 400 Gäste nahmen teil, unter ihnen auffallend viele junge Leute. Das wäre 30 Jahre zuvor undenkbar gewesen. Fundamentales hat sich seit damals geändert. 1995, 20 Jahre nach dem Beginn des Majdanek-Verfahrens vor dem Landgericht Düsseldorf, hatte der Präsident des Landgerichts, Gustav Marten, gleichfalls den Originalverhandlungssaal für eine öffentliche Podiumsdiskussion bereitgestellt. Zuvor war in dem Gang vor dem Sitzungssaal eine Ausstellung mit Bildern der Düsseldorfer Malerin Minka Hauschild eröffnet worden. Hauschild hatte wichtige Prozeßbeteiligte gemalt. Die Werke werden derzeit im Jüdischen Museum in Berlin gezeigt. Bei der Podiumsdiskussion hätte man im überfüllten Saal die sprichwörtliche Nadel gehört, wäre sie zu Boden gefallen.

Helfer bei den Juden- Deportationen

Weder der Novemberpogrom von 1938 noch die Verhaftung von unschuldigen NS-Opfern und die Deportation von Millionen Juden, von Sinti, Roma u. a. hätte ohne aktive Hilfe der Polizei durchgeführt werden können, vergleichbar der Rolle der Reichsbahn, ohne die der Völkermord in den Vernichtungslagern Osteuropas nicht vollstreckbar gewesen wäre. In Köln hat Polizeipräsident Jürgen Roters, der zu der Podiumsdiskussion nach Wuppertal gekommen war, kürzlich dazu aufgerufen, in einem Arbeitskreis in seiner Behörde die Rolle der Kölner Polizei während der NS-Zeit zu untersuchen. Die Arbeiten gehen zügig voran. Seit diesem Jahr gehört es zur Ausbildung des Polizeinachwuchses in Köln, die Ausstellung „Köln im Nationalsozialismus“ im ehemaligen Gestapo-Gebäude zu besichtigen.

Im November waren 1938 überall im Deutschen Reich Polizeibeamte unterwegs, um Synagogeneingänge zu sichern oder vor jüdischen Banken und Geschäften Wache zu schieben. Ihr Einsatz galt

nicht dem Schutz der Gotteshäuser, Banken und Läden. Die Schupos mußten vielmehr dafür sorgen, daß niemand die brennenden Synagogen plünderte oder durch die zertrümmerten Fenster und Türen in die Geschäfte und Bankhäuser eindrang. 59 Jahre später besuchte der Leiter der Kölner Bereitschaftspolizei, Georg Dissen, mit zahlreichen Polizeianwärtern am Vorabend des 9. November 1998

einen jüdischen Friedhof in Köln. Anschließend erfuhren die angehenden Beamten, wie tief viele ihrer Kollegen in die Verbrechen und den Völkermord der Nazis verstrickt waren. Es liegen Welten zwischen damals und heute. „Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung.“ Diese Weisheit gilt unverändert – auch oder gerade für die deutsche Polizei.

Heiner Lichtenstein

Bundeswehr, Rechtsextremismus und kein Ende

Von Siegfried Vergin MdB

Die hektische Betriebsamkeit und Betroffenheit im Verteidigungsministerium nach den in jüngster Zeit bekanntgewordenen rechtsextremistisch motivierten Vorfällen macht mich zornig. Über Jahre habe ich versucht, rechtslastige Namensträger deutscher Kasernen löschen zu lassen. Die kritische Auseinandersetzung mit Personen wie Haeseler, Rodenwaldt, Hüttner oder Lent steht weiterhin aus. Die Diskussion um ihre vermeintliche Traditionswürdigkeit und um die Notwendigkeit einer Umbenennung der unter ihrem Namen geführten Kasernen ist ein wichtiger Beitrag zum Traditionsverständnis der Bundeswehr, der vom Bundesverteidigungsminister aber nicht entsprechend gefördert wird. Es fehlt an Sensibilität, wenn es um den Umgang mit der eigenen Geschichte geht.

Wie viele andere war ich entsetzt über die Ergebnisse der von der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit der Universität Konstanz durchgeführten Studie. Danach ordnen sich 55 Prozent der Bundeswehr-Studenten selbst als politisch rechts von der Mitte stehend ein. Nüchtern betrachtet ist diese Beobachtung aber die logische Konsequenz aus der bereits 1993 erschienenen Untersuchung „Rechts zur Bundeswehr - Links zum Zivildienst?“, wonach die jungen Männer, die sich für den Wehrdienst und gegen den Zivildienst entscheiden, politisch erheblich weiter rechts als der Durchschnitt stehen. Je weiter rechts sich die Jugendlichen einordnen, desto klarer befürworten sie die Bundeswehr und den Wehrdienst.

Ich verstehe wirklich nicht, daß die Alarmsirene im Verteidigungsministerium stumm blieb: Nach der vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundes-

wehr 1993 durchgeführten Studie beobachten junge Männer mit rechtsextremer Einstellung eine Analogie zwischen ihren Wertvorstellungen und denen der Bundeswehr bzw. sehen sie noch am ehesten in der Bundeswehr realisiert.

Auf die schwelende Gefahr, daß rechtsextremistisches Denken sich in der Bundeswehr verstärken könnte, ist damals bereits hingewiesen worden: Die Bundeswehr wird zunehmend attraktiv für junge Männer, die sich den demokratischen Prinzipien kaum oder gar nicht verbunden fühlen. Damit ist die Bundeswehr schon längst nicht mehr Spiegelbild der Gesellschaft. Die Bundeswehr ist vielmehr das Brennglas, unter dem die Defizite der Politik im Umgang mit dem Rechtsextremismus deutlich werden.

Was ist zu tun? Statt nach dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn!“ Personal aus der Bundeswehr zu entfernen, das man nicht haben will, muß über Struktur und Image der Bundeswehr nachgedacht werden. Außerdem müssen Verpflichtungen wie „Staatsbürger in Uniform“ oder das „Konzept der Inneren Führung“ in ihrer Bedeutung und Umsetzung auf den Prüfstand. 1995 hatte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesverteidigungsministerium zugegeben, daß in vielen Bereichen der Streitkräfte die politische Bildung sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht verbessert werden muß. Ob mit der ab dem 1. Januar 1996 geltenden Weisung zur Durchführung der politischen Bildung in den Streitkräften alle Defizite behoben sind, bezweifle ich. Als Test für ein ernsthaftes Engagement des Verteidigungsministers bleibt nicht zuletzt: Noch immer haben Kasernen Namen von Personen, die sich nicht durch demokratischen Ruhm ausgezeichnet haben. Der oberste Dienstherr der Bundeswehr hat noch viel zu tun.

(Siegfried Vergin ist Sprecher der Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion)

ZWISCHENRUF

Was weiß die Bundeswehrführung?

Außenstehende durften es als der Wahrheit entsprechende Überzeugung akzeptieren und nicht als natürliches Abwehrverhalten eines Politikers, wenn der Verteidigungsminister den rechtsextremistischen Vorfall im Standort Hammelburg als „schlimmen Einzelfall“ hinstellte und rasche Konsequenzen versprach. Nachdem aber alsbald der zweite, vergleichbare Vorfall in Schneeberg bekannt geworden war, konnte die stereotype Einlassung schon wesentlich weniger überzeugen, zumal da der Minister mit einer recht abenteuerlichen Ursachenforschung aufwartete und zunächst versuchte, den Aussagewert von Untersuchungen, noch dazu aus dem eigenen Unternehmen, zu bagatellisieren (vgl. BNR 23/97). Zum Ärgernis wurde das Informationsverhalten der Bundeswehr aber, als nach zahlreichen, in der Presse auftauchenden Berichten, die die Einzelfalltheorie widerlegten, plötzlich vom MAD zu erfahren war, daß man dort schon seit einiger Zeit mit Sorge rechtsextremistische Umtriebe bei der Armee beobachtete. In etwa 760 Fällen werde ermittelt - und dies kann ja wohl nicht die plötzliche Erkenntnis gewesen sein,

nachdem der Minister die rasche Aufklärung und verstärkte Aktivitäten gegen eine rechtsextreme Unterwanderung versprochen hatte. Es wäre hilfreicher gewesen, den Minister rechtzeitig auf solches Wissen im eigenen Haus hinzuweisen, denn die isolierte Information mußte ebenso wie die nach anfänglicher Weigerung doch noch veröffentlichte Studie von Bundeswehr und Universität Konstanz dem fatalen Eindruck Vorschub leisten, der Minister wisse nicht, was in seiner Armee tatsächlich los ist. Es wäre nämlich durchaus möglich gewesen, schon damals Konzepte zu erarbeiten, wie man dem Rechtsextremismus begegnen könne. Man sollte sich in der jetzigen Situation vor überhasteten Schnellschüssen hüten, zu denen auch der Vorschlag gerechnet werden muß, über die bereits bestehenden Informationsmöglichkeiten der Bundeswehr einen verstärkten Einblick in die Biographie der Wehrpflichtigen zu geben. Es scheint auch zweifelhaft, ob man der Gesellschaft dient, wenn man auffällig gewordene Wehrpflichtige vom Dienst an der Waffe ausschließt. Das hieße, die Chance zu vertun, durch den Wehrdienst auch soziales Verhalten zu vermitteln. Man muß ja nicht gleich das Wort von der „Schule der Nation“ verwenden, die Bundeswehr ist schließlich Instrument einer demokratischen Verfassung.

Klaus-Henning Rosen

Rechte Aufrüstung?

Nach jahrelangem rasantem Abwärtsgang kann das rechtsextremistische Spektrum offensichtlich wieder auf Zulauf hoffen. Presseberichten zufolge soll das Mitgliederpotential der rechtsextremen Parteien und Organisationen insgesamt mittlerweile deutlich höher liegen als vor Jahresfrist. Profitiert haben dürfte hier insbesondere die in den neuen Ländern expandierende NPD, die bereits im Spätsommer einen beachtlichen Zuwachs meldete. Die „Republikaner“ scheinen sich konsolidiert zu haben und bereiten sich auf die Teilnahme an den Bundestagswahlen im nächsten Jahr vor.

Wie zuvor schon in den Zwischenberichten mehrerer Landesverfassungsschutzämter und Erkenntnissen der Landeskriminalämter für dieses Jahr konstatiert, sind allerdings auch die rechtsextremistisch motivierten Straftaten weiter im Ansteigen begriffen. Das Bundeskriminalamt hat bis Ende September 1997 bereits 5.173 rechtsextreme Straftaten registriert - einen Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Um elf Prozent höher sol-

len nach Angaben des Bundeskriminalamtes die in diesem Zeitraum begangenen fremdenfeindlichen Straftaten liegen. Als besonders erschreckend ist hier wohl der Anstieg der rechtsextremen Gewalttaten um acht Prozent, zu bewerten. Parallel dazu sehen die Sicherheitsbehörden allerdings auch einen Zulauf bei dem rechtextremistischen, gewaltbereiten Spektrum um knapp zehn Prozent auf 7.000 Personen, zu denen in den überwiegenden Fällen militante Skinheads zählen. Ein Zusammenhang besteht hier möglicherweise mit dem zu beobachtenden zunehmenden Trend zur Politisierung der Skinhead-Szene, wie dies von Experten beobachtet wird. U.a. mit Skinhead-Konzerten, deren Anzahl in 1997 die Vorjahreszahl von 70 weit überschritten hat, wobei die Veranstalter häufig mit dem neonazistischen Spektrum verbunden sind, wird versucht, ideologischen Einfluß auf die Skinhead-Szene zu nehmen. Nicht zuletzt dürfte nach Einschätzung von Verfassungsschützern auch die in den Songs propagierte Aufstachelung zur Gewalt mitursächlich für den Anstieg rechtsextremistisch motivierter Gewalttätigkeiten sein.

G.N.

Ex-NPD-Vize bleibt in Haft:

Weiteren**Schaden abwenden**

Der ehemalige Bundesvorsitzende der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) Günter Deckert (57) muß bis auf weiteres in der Strafvollzugsanstalt Bruchsal verweilen. Das Oberlandesgericht Karlsruhe wies Anfang November Deckerts Revision zurück (Az.: OLG Karlsruhe 3Ss 143/97). Die Staatsanwaltschaft hatte ihren Revisionsantrag zuvor zurückgenommen. Deckert war am 11. April vom Landgericht Mannheim in einer Berufungsverhandlung zu einer 27monatigen Haftstrafe wegen Volksverhetzung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt worden (vgl. BNR 9/97). Anlaß des Verfahrens war eine Veranstaltung mit dem britischen Revisionisten David Irving am 2. September 1990 in Weinheim. Am dortigen Amtsgericht war der Stadt- und Kreisrat im Juni 1996 zu 20 Monaten verurteilt worden.

„Märtyrer der Meinungsfreiheit“

Nun wird das Karlsruher OLG eine Gesamtstrafe aus den bisherigen 25 und den inzwischen rechtskräftigen 27 Monaten bilden. Voraussichtlich im Frühjahr wird der seit November 1995 inhaftierte Deckert zwei Drittel der nun zu erwartenden Gesamtstrafe von dreieinhalb bis vier Jahren abgesessen haben und einen neuen Antrag auf vorzeitige Haftentlassung stellen. Ausgenommen sind die restlichen, schwebenden Verfahren mit noch nicht rechtskräftigen Urteilen der Amtsgerichte Weinheim und Bensheim sowie des LG Mannheim in Sachen Deckert. Bis zur endgültigen, noch völlig ungewissen Haftentlassung dürfte die Zahl der Deckert-Getreuen, die vornehmlich im NPD-Kreisverband Heidelberg-Rhein-Neckar zu finden sind, weiterhin abnehmen. Betreut wird Deckert in der Zwischenzeit von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG). Hingegen hat das erst nach Haftantritt Deckerts gegründete NPD-nahe „Hilfswerk für politische Gefangene“ die Unterstützung von Deckert wegen dessen finanziellem Gebaren (vgl. BNR 20/97) eingestellt. Die ursprünglich vom NPD-Landesverband Baden-Württemberg für den 9. November, an diesem Datum war auch Deckert vor neun Jahren aus dem Schuldienst entlassen worden, angekündigte „Solidariätsveran-

staltung für Günter Deckert“ („Märtyrer der Meinungsfreiheit und politischer Gefangener der BRD“) blieb aus.

Deckert machte unlängst von sich reden, als der NPD-Parteivorstand ihn im Rahmen einer Sitzung am 1. August in Harsefeld (Kreis Stade) seines Amtes als stellvertretender Bundesvorsitzender enthob. „Diese Entscheidung erfolgte ... einstimmig durch alle anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes, um weiteren Schaden von der NPD abzuwenden und um die Persönlichkeitsrechte von Mitgliedern, Funktionsträgern sowie von Angestellten der Deutschen Stimme Verlags GmbH zu schützen“, heißt es in einer aktuellen Erklärung des Vorstandes. Einer der Vorwürfe gegen Deckert lautete auf Illoyalität. So hatte der einstige Schulmeister Deckert in seiner „Deckert-Stimme“ („Informationen für Nationale Demokraten“) den NPD-Vize Udo Holtmann beschuldigt, „ein bezahlter Spitzel und Informant des Verfassungsschutzes zu sein oder gewesen zu sein.“ Desweiteren habe Deckert, so die Erklärung, „nachhaltig gegen die Pflicht zur kollegialen Zusammenarbeit verstoßen und versucht“, den Parteivorsitzenden in der Öffentlichkeit verächtlich zu machen und seine Autorität in Frage zu stellen.“ Außerdem brachte das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen Deckert und den ehemaligen Bundesschatzmeister Dieter Fuhrmann wegen Verdachts der Untreue zum Nachteil der NPD gemäß 266 StGB Hausdurchsuchungen in der NPD-Bundesgeschäftsstelle, beim „Deutschen Stimme Verlag“, in der erbten Villa in Eningen (Kreis Reutlingen) und den Privatwohnungen der beiden Tatverdächtigen im August mit sich. In diesem Zusammenhang wird in der öffentlichen Erklärung des NPD-Parteivorstandes darauf hingewiesen, „daß weder der Parteivorsitzende noch der Parteivorstand der NPD eine Strafanzeige gegen Günter Deckert gestellt haben.“

Eva Bernhard

In eigener Sache

Wegen der bevorstehenden Weihnachtspause erscheint die nächste Ausgabe des „blick nach rechts“ als Doppelnummer 25/26 am 15. Dezember dieses Jahres.

„Deutsches Wort in deutscher Schrift“

Schauplatz Orthographie

Rechtsextreme haben ein neues Agitationsfeld gefunden. Die geplante Rechtschreibreform, in der sie einen Angriff auf die „nationale Würde“ erblicken, gilt es unter allen Umständen zu verhindern. Zupaß kommt ihnen ein querbeet verbreiteter Unmut in der Bevölkerung.

Mit der am 1. August 1998 inkrafttretenden Rechtschreibreform soll der „deutschen Sprache der Garaus gemacht werden“ beklagt Alfred Mechttersheimer, Anführer der „Deutschland-Bewegung“, in der „Jungen Freiheit“. Der „ernstzunehmende umtriebige, intellektuell bewegliche Friedensforscher“, so Franz Schönhuber in „Nation+Europa“ (NE) über Mechttersheimer, lamentiert lauthals: „Das paßt alles zu einem Land, in dem sich viele Millionen mit und ohne deutschem Paß mit einem Multi-Kulti-Radebrech herumschlagen. Sie reden wie ihnen der Schnabel verwachsen ist. Das sind Vorboten einer Gesellschaft, die sich auf dem Niveau der Gossensprache nivelliert.“

„Rechtschreibdiktatoren“

Der von apokalyptischen Untergangsphantasien verfolgte Mechttersheimer dürfte jedenfalls am 14. November einen Lichtschimmer zur Rettung der deutschen Sprache am Horizont erblickt haben. Just an diesem Tag hat das Berliner Verwaltungsgericht - erstmals in der Hauptsache und nicht in einem Eilverfahren - einer Klage gegen die neuen Regeln stattgegeben (AZ: VG 3 A 817/97). Mit dem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichtes liegen jetzt insgesamt 22 Gerichtsentscheidungen zur Rechtschreibreform vor. Bei den Verwaltungsgerichten haben acht für die Reform entschieden, sieben dagegen.

Besonders vehement und mit verbissenem Eifer wird die Rechtschreibreform in konservativen bis rechtsextremen Kreisen bekämpft. Man erblickt in ihr einen zentralen Angriff auf das „Deutschtum“.

Bisher nicht bekannt geworden ist in der Öffentlichkeit, daß auch der Berliner Kläger gegen die Rechtschreibreform, ein angehender Jurist und Va-

ter von vier Kindern (drei schulpflichtig) aus Berlin-Spandau, aus dem braungefärbten Spektrum stammt. So ist dieser bekennender Leser der extrem kirchenfeindlichen und rechtsextremen Zeitschrift „Huginn + Muninn“, der „deutschsprachigen MIDGART-Zeitung für europäische Religion, Kultur und Mysterium“. Das neuheidnische Blatt, Organ der „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammverbände Europas“ (ANSE), die engste Kontakte zu den gleichgesinnten Gruppen „Diipetes“ (Griechenland), „Asatru“ (Island) und „Romuva“ (Litauen) unterhält, pflegt primitive Feindbilder: „An den Schulen sind viele kleine Rechtschreibdiktatoren wie Pilze aus dem Boden geschossen: Schulleiter, Deutschlehrer und Grundschullehrerinnen. Sie wollen in vorauseilendem Gehorsam als willige Vollstrecker die Neuregelung (...) einführen, um sich zu profilieren.“ Den Rechtschreibreform-Befürwortern rechnet H+M die „Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) und „andere linke Kreise“ sowie „Kirchenkreise“ zu: „Offensichtlich haben die Pfaffen noch gar nicht bemerkt, daß sich durch die Rechtschreibreform auch der Sinn vieler Bibelstellen ändert.“ Der Berliner Kläger weiß gar im H+M-Interview zu berichten, daß hinter der Reform „ideologische und wirtschaftliche Interessen“ stecken. Das Thema Rechtschreibreform ermuntert die H+M-Leserschaft zur Eigenkommentierung. Ein Johann Irmen spricht sicherlich vielen Gleichgesinnten aus der Seele, wenn er in der aktuellen H+M-Ausgabe (Gilbhart 1997) kundtut: „Eine Sprache wird am besten vom Volk selber geprägt. Werden Veränderungen aus Profilierungssucht von oben bestimmt, wird die Sprache den Menschen entfremdet.“

„Niveau der Gossensprache“

Dieser Meinung ist auch der im niedersächsischen beheimatete „Bund für deutsche Schrift und Sprache“. Der rund 1.000 Mitglieder starke Bund wendet sich per Hinweis in H+M gegen „beschränkte Kleinschreibung“ und Lateindruck. Dies sei, so die selbsternannten Gralshüter von Schrift und Sprache eine „Nachäffung des Auslandes ohne Sinn und Verstand“, eine „Verachtung der Überlieferung, Verrat an der deutschen Sprache“. Gefordert wird die „nationale Würde“: „Deutsches Wort in deutscher Schrift!“

In einer Werbebroschüre des Bundes, der seine Tradition auf den am 1. April 1918 gegründeten „Bund für deutsche Schrift“ zurückführt, heißt es u.a.: „Wie eine Seuche greift nun schon seit Jahrzeh-

ten die Fremdwortsucht um sich. Bundesbahn und Bundespost führen laufend neue Fremd- und Dummwörter ein. Gesetz- und Verordnungsgeber tragen ebenso zur Sprachverwilderung bei wie Funk, Fernsehen, Zeitungsverleger und verantwortungslose Pädagogen. Geradezu ein Tummelplatz des Sprachmißbrauchs ist die Werbung. Und als ob plötzlich die Rechtschreibung schwieriger geworden wäre, wird von bestimmten Kreisen auf eine grundstürzende Änderung unserer Rechtschreibung hingearbeitet, obwohl (oder weil?) hiermit ein schwerwiegender Kulturbruch verbunden wäre.“

Folgerichtig tritt der Bund, dessen Flugblätter auch in Waffen-SS orientierten Kreisen nachgedruckt werden (z.B. in den „Leitheften“) dafür ein, „die deutsche Sprache und die deutsche Schrift als zwei schöne Blumen im Garten der Volkskulturen zu pflegen und zu erhalten; denn eine Welteinheitskultur wäre trostlos und öde.“ Schuld an der „Überfremdung“ des deutschen Sprach- und Wortschatzes tragen nach Auffassung des germanophilen Bundes, der alljährlich bei der Frankfurter Buchmesse (seit 1996 wirbt man für PC-Programme mit Fraktur-Schrift) vertreten ist, die Siegermächte des 2. Weltkrieges: „Die deutsche Niederlage des Jahres 1945 wirkte sich u.a. auch auf die deutsche Sprache verheerend aus; denn die Sieger und die in ihrem Sinne handelnden Kräfte legten naturgemäß keinerlei Wert darauf, die deutsche Sprache als eine der deutschen Eigenarten zu pflegen und zu erhalten, da sie annehmen konnten, die Pflege deutscher Werte würde zu einem Erstarken des deutschen Selbstbewußtseins führen. Aus diesem Grunde sind Liberalismus, Internationalismus, Völker- und Rassenvermischung gefragt.“

„Angriff der Legastheniker“

Chefinitiator der Reformgegner ist der Weilheimer Deutschlehrer und „Kultur“-Preisträger der BILD-Zeitung, Friedrich Denk, der laut BILD seit 1980 mit seinen „Weilheimer Heften“ und Dichter-Lesungen junge Menschen für Literatur begeistert hat. Der „Junge Freiheit“-Interviewpartner („Daß die Rechtschreibreform „gekippt werden kann, davon bin ich überzeugt.“) Denk hat in seinem Verlag ein Buch mit dem Titel „Die Zensur der Nachgeborenen. Zur regimekritischen Literatur im Dritten Reich“ veröffentlicht. Dort bezichtigt er die „Süd-deutsche Zeitung“ der Desinformation und würdigt die Nazi-Schriftstellerin Gertrud Fussenegger (NSDAP-Mitgliedsnummer: 6.229.747), deren Werke nach 1945 in Österreich auf der „Liste der

gesperrten Autoren und Bücher“ und in Deutschland auf der „Liste der auszusondernden Literatur“ standen.

In den Reihen der Reformgegner stößt man neben der JF, die von einem „Angriff der Legastheniker“ spricht, auch auf Alfred Dregger, Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dieser erklärt im Ostpreußenblatt: „Die Sprachkultur wird zerstört.“ Für die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) hingegen droht „der orthographische GAU“. Georg Albert Bosse, wegen Volksverhetzung und böswilliger Verächtlichmachung des deutschen Staates verurteilt, teilt in seiner NS-apologetischen Zweimonatsschrift „Recht + Wahrheit“ gar seinem Kameradenkreis mit: „In >Recht+Wahrheit< kommt die sogenannte >Rechtschreibreform< nicht zum Zuge!“

Menschen ihrer Identität beraubt

Was hinter der Rechtschreibreform steckt, weiß der „DeutschlandBrief“, herausgegeben von Manfred Brunner, dem Bundesvorsitzenden des „Bundes Freier Bürger“ (BFB): „Bei der sogenannten Rechtschreibreform geht es - wieder einmal - um Bürokratenwillkür, Geldverschwendung und Geldmacherei.“

Schulter an Schulter kämpfen auch die österreichischen Rechts-Recken gegen die Rechtschreibreform. Die neonationalsozialistisch anmutende Monatszeitschrift „Fakten“ schreibt: „Rechtschreibung ist ein Teil unserer Sprache. Wer die Menschen in ihrer Sprache verunsichert, nimmt ihnen auch einen Teil ihrer Identität. Sollte auch dies beabsichtigt sein?“

Das Organ der Berufs-Vertriebenen, der „Eckartbote“, lobt die schleswig-holsteinische Initiative „Wir gegen die Rechtschreibreform“, da diese erkannt habe, daß die Rechtschreibreform „ein Angriff auf die deutsche Sprache und Literatur“ sei.

Einen Mitstreiter haben die norddeutschen Reformgegner, die u. a. vom „Nationalen Infotelefon Schleswig-Holstein“ unterstützt werden, zwischenzeitlich verloren: Der Aktivist Detlef Lindenthal mußte sich zurückziehen als bekannt wurde, daß er im einstigen ostpreußischen Dorf Trakehnen, einer regermanisierten Enklave bei Kaliningrad, zugange war und sich einen Teil seiner Reisekosten von dem dort umtriebigen Dietmar Munier, einem der bekanntesten rechtsextremen Verleger nördlich der Main-Linie, bezahlen ließ.

Anton Maegerle

Dauerwahlkampf à la française

Eine Union der Rechten

Der Front National baut seine Position im Lager der Opposition aus.

In Abwandlung eines bekannten Merksatzes von Sepp Herberger könnte man sagen: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Das französische Wahlrecht beinhaltet eine nachahmenswerte Klausel, die Ämterhäufung der Mandatsträger untersagt. Dies macht nach allgemeinen Wahlen in der Regel eine Reihe von Nachwahlen auf regionaler Ebene notwendig. Jene Erscheinung wird noch durch häufige Gerichtsurteile verstärkt, die Politikern wegen Gesetzesverstößen, Korruption etc. die Wählbarkeit entziehen. Folglich kommt es zu einer Art von Dauerwahlkampf, der wiederum das Vorspiel zu den Regionalwahlen im kommenden Frühjahr darstellt.

Für diese hat sich der Front National viel vorgenommen. Er will die Zahl seiner Regionalräte gleich um rund 25 Prozent auf mindestens 300 steigern, erklärte Jean-Marie Le Pen vor wenigen Wochen auf einer Mandatsträger-Tagung in Nizza. Die laufenden Nachwahlen bieten Gelegenheit zur Überprüfung, ob dieses Vorhaben als realistisch angesehen werden kann. Den eindrucksvollsten Erfolg in diesem Probelauf kann der Hotelier Gérard Freulet (Mulhouse) vorweisen, ein führender Funktionär des FN, der in den siebziger Jahren zum Parteivorstand des mit dem FN konkurrierenden Parti des Forces Nouvelles gehörte, nach dessen Scheitern zum gaullistischen RPR wechselte und diesen 1984 in Richtung der Partei Le Pens verließ. Nicht zuletzt seinem Wirken ist der Ausbau des Elsaß zu einer der Bastionen der extremen Rechten zu verdanken. Ende September wurde er mit 53,6 Prozent der Stimmen gegen seinen sozialistischen Konkurrenten in den Generalrat des Oberelsaß gewählt. Auch eine deutlich höhere Wahlbeteiligung als im ersten Wahlgang konnte seinen Sieg nicht verhindern, da der größte Teil der Wähler der konservativen Parteien zu ihm überlief.

Eine Erscheinung, die auch in anderen Orten bei Kantonsnachwahlen zu beobachten war. Immer häufiger schieden die Kandidaten der Gaullisten und des konservativ-liberalen Parteienbündnisses UDF nach dem ersten Wahlgang aus, stand ein Kandidat des FN dem des Regierungsbündnisses gegenüber. Diese Tendenz ist besonders ausgeprägt

in den Hochburgen der extremen Rechten. So auch im Gebiet der Rhône-Mündung, wo sich am 19. Oktober in drei Kantonen jeweils der kommunistische Kandidat durchsetzte. In zwei Fällen geschah dies gegen einen Bewerber des FN. Im dritten hatte der drittplatzierte Konkurrent der extremen Rechten das notwendige Quorum zur Erreichung des zweiten Wahlgangs zwar verfehlt, jedoch die Kandidaten der gemäßigten Rechten deutlich hinter sich gelassen.

„Den Morast trockenlegen“

All dies scheint darauf hinzudeuten, daß das Ziel des FN, im Frühjahr 1998 in der Region Provence-Alpes-Côte-d'Azur stärkste Partei zu werden, erreicht werden könnte. Dort liegen auch vom FN regierte Städte, in denen die Ratsmehrheit mehr durch Skandale als durch solide Verwaltungsarbeit von sich reden macht. Dies reicht von Zensurmaßnahmen in den öffentlichen Bibliotheken, über Angriffe auf die angeblich zu lasche staatliche Polizei und den gleichzeitigen Ausbau einer konformen kommunalen Polizei, bis hin zum jüngsten Fall, der verbalen rassistischen Attacke durch einen Beamten auf eine Schülerin in der FN-Stadt Vitrolles.

Die Medienpräsenz dieser Vorkommnisse hat sich bisher nicht negativ auf die Ergebnisse des FN ausgewirkt. Im Gegenteil hält es die Parteiführung für angebracht, davor zu warnen, Erfolge wie den von Gérard Freulet zu stark herauszustellen. Es handle sich zwar um einen beachtlichen Sieg, doch dürfe er nicht als ungewöhnlich betrachtet werden. Der FN sei stets zu Erfolgen in der Lage. Le Pen gab sich beim Parteifest „Bleu-Blanc-Rouge“ am 28. September siegesgewiß. Zwischen seiner Partei und dem Regierungslager befinde sich nur noch ein „Morast“, der trockengelegt werden müsse. Eine offene Kampfansage an das Bündnis aus RPR und UDF. Nach den Worten Le Pens sei seine Partei die einzige Formation, die der „sozialo-kommunistischen Welle“ Widerstand entgegensetze. Geschickt nutzte er in seiner Ansprache auch die Schwächen der Politik der gegenwärtigen Regierung, die teilweise Abschied von Wahlversprechen genommen hat oder diese nur in verwässerter Form durchsetzt. Die Abfolge der Ereignisse veranlaßte deshalb das liberale Wochenmagazin „Marianne“ zum Alarmruf auf der Titelseite „Warum die Neofaschisten an die Macht gelangen können“ und der Feststellung „Je stärker sich die Partei Le Pens radikalisiert, desto mehr Stimmen gewinnt sie“. Zu den wichtigsten Bündnispartnern des FN, um

RPR/UDF weiter in die Enge zu treiben, gehört der Honoratiorenzirkel „Club de l'Horloge“, der sich zu Beginn der achtziger Jahre vom „neu“rechten GRECE abgespalten und in der Folgezeit wesentlich zur neoliberalen Theorieentwicklung beigetragen hat. Dessen Präsident Henry de Lesquien, inzwischen ein Parteigänger des ultrakonservativen Philippe de Villiers, forderte auf der diesjährigen Universität der rund 300 Mitglieder starken Gruppe am 17.-19. Oktober in Aix-en-Provence eine Union der Rechten, wobei der FN in ein künftiges Regierungsbündnis einbezogen werden solle. Dazu sei eine ähnlich radikale Umgestaltung der Parteienlandschaft wie in Italien notwendig. Wie beim MSI mit seiner Erweiterung zur Alleanza Nazionale müsse sich auch der FN durch die Aufnahme konservativer Kräfte erweitern und verändern, um die Linke schlagen zu können. Ein solches Szenario würde selbstverständlich auch den Rückzug des jeweils schlechter platzierten Kandidaten zu-

gunsten des aussichtsreicheren beinhalten. Dies ist der bisher weitestgehende Vorschlag aus dem konservativen Lager zur Kooperation mit dem FN, dem jedoch durch die anderen unter dem Generalthema „Rechts - links: eine überholte Spaltung?“ debattierenden Rednern kein Widerspruch entgegengesetzt wurde. Was um so bedeutsamer ist, da es sich bei ihnen ausnahmslos um führende Funktionäre in ihren jeweiligen Parteien handelte. Das Spektrum reichte dabei vom Präsidenten der Programmkommission der gaullistischen Denkfabrik Club 89, François-Georges Dreyfus, über den neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler Jacques Garrello und den ehemaligen Nationalrevolutionär Jean-Gilles Malliarakis bis hin zum Europaabgeordneten des FN Yvan Blot, der zugleich Ehrenpräsident des „Club de l'Horloge“ ist. Der Widerstand bei UDF/RPR gegen Absprachen mit der extremen Rechten schmilzt zudem als Folge letzten Wahlergebnisse sichtbar dahin.

Jean Cremet

Keine nennenswerten Aktivitäten?

Das Landericht Ulm hat unter dem Vorsitz von Richter Haas am 21. Oktober die Berufung von Torsten Möske verworfen. Der 29jährige war im Juli vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe in Höhe von DM 8.000,- verurteilt worden. Anlaß war der Versandhandels Möskes mit indizierten Tonträgern rechtsextremer Musikgruppen. Bei einer Hausdurchsuchung waren rund 6.000 CDs sowie Versandtaschen und Bestellisten gefunden worden. Durch den Versandhandel waren für Jugendliche Tür und Tor geöffnet“, erklärte der Richter. Seit Juli sitzt Möske in Untersuchungshaft. Damals wurden bei einer erneuten Razzia bei Möske in Ulm, Biberach und Esslingen etwa 45.000 CDs (vgl. BNR 16/97) sichergestellt. Möske gehört zum Umfeld des neonazistischen „Freiheitlichen Volks Blocks“ (FVB), der sich in der Vergangenheit in Ulm regelmäßig getroffen hat. Sitz des FVB ist im benachbarten Neu-Ulm, dem zeitweiligen Wohnort des 28jährigen FVB-Bundesvorsitzenden Konrad Petratschek.

Nach Auskunft des Innenministeriums von Baden-Württemberg gehören dem FVB „etwa 100 Personen“ bundesweit an. Gegründet wurde die Neonazi-Organisation im Januar 1994 in Nürnberg, wo auch zahlreiche Aktivitäten in den vergangenen

Jahren durchgeführt wurden. Gleichwohl hat der FVB bislang keinen Eingang in den Verfassungsschutzbericht des Freistaates gefunden. In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Landtagsabgeordneten Sophie Rieger (Grüne) erklärte der bayerische Innenminister Beckstein unlängst: „Der FBV ist in Bayern erst 1997 nennenswert in Erscheinung getreten.“ Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg findet sich hingegen der Hinweis, daß das „Hauptbetätigungsfeld des FVB in Bayern“ liege. Für Bayern bezifferte Beckstein jetzt die Zahl der „Volks Block“-Mitglieder mit „zehn bis fünfzehn Personen“, die sich auf „drei 'Stützpunkte' in Nürnberg, Augsburg und Neu-Ulm verteilen.“ Im Sommer nahm der FVB nach Auskunft des bayerischen Innenministeriums an drei Sonnenwendfeiern statt. Zwei der völkischen Veranstaltungen wurden im schwäbischen Langenau bei Ulm (Alb-Donau-Kreis) und eine in der Schweiz durchgeführt. Kurz zuvor veranstaltete der „Volks Block“ eine Demonstration in Bad Wörishofen (Kreis Unterallgäu). Für den 17. August, Jahrestag des Todes von Rudolf Hess, hatte Thomas Scharf, bayerischer FVB-Führer, eine Kundgebung in Nürnberg angemeldet. Deren Verbot wurde jedoch vom Verwaltungsgericht Ansbach bestätigt. „Aufgrund seiner Aktivitäten im Jahr 1997“, so verspricht der bayerische Innenminister, „wird der FVB im Bericht für dieses Jahr aufgeführt werden.“

S.B.

BÜCHERSCHAU

„Graue Wölfe“ in Deutschland

Anfang Oktober 1997 erregte ein Treffen zwischen einem Kreuzberger Bezirksbürgermeister von Bündnis 90/Die Grünen und Vertretern von „Türk Federasyon“ öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik (vgl. Tagesspiegel v. 7. Oktober 1997), handelte es sich bei der türkischen Gruppe doch um eine Nachfolgeorganisation der berüchtigten rechtsextremistischen „Grauen Wölfe“. Über die Entstehung und Entwicklung dieser Gruppe in der Türkei ist in Deutschland fast ebenso wenig bekannt wie über das Wirken von deren organisatorischen Ablegern hierzulande. Abhilfe schaffen will da das von den beiden Journalisten Fikret Aslan und Kemal Bozay vorgelegte Buch „Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der Bundesrepublik Deutschland“. Die Autoren bieten einen umfassenden historischen wie aktuellen Überblick zur Entwicklung des türkischen Nationalismus im allgemeinen und des türkischen Rechtsextremismus in Gestalt der „Grauen Wölfe“ im besonderen.

Zunächst beschreiben Aslan und Bozay die historischen Wurzeln vom Niedergang des Osmanischen Reiches und der „jungtürkischen Revolution“ über die Herausbildung einer eigenen Ideologie des türkischen Rechtsextremismus während des zweiten Weltkriegs und der Entstehung der „Grauen Wölfe“ bis zu deren Verwicklung in die Politik, insbesondere im Zusammenhang mit den Militärputschen. Dem folgt eine Darstellung zur Entwicklung der rechtsextremistischen Bewegung seit Beginn der neunziger Jahre bezogen auf die Ideologie und das Wirken der „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) sowie auf deren Einfluß auf staatliche Einrichtungen und Querverbindungen zu Geheimdiensten und organisierter Kriminalität. Danach beschreiben die Autoren etwas knapper gefaßt die Einstellungen der bürgerlichen Parteien zum Nationalismus und die Re-Islamisierungstendenzen in der Türkei. Ein ausführlicher Teil widmet sich dem Wirken der türkischen Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland, wobei es beson-

ders um nationalistische Aktivitäten verschiedener Gruppen geht, eine Chronologie der Gewalttaten türkischer Rechtsextremisten geliefert und die Haltung der bundesrepublikanischen Behörden zu türkischen Rechtsextremisten kritisiert wird. Abschließend fragen die Autoren nach den Gründen für das Aufkommen des türkischen Nationalismus und Rassismus in der Türkei und in Deutschland und beschäftigen sich mit den Möglichkeiten des Widerstands gegen den türkischen Rechtsextremismus.

Angesichts des allgemeinen Wissensdefizits zum Thema verdient die Darstellung allein schon aufgrund ihres hohen Informationsgehalts Aufmerksamkeit. In kaum einer anderen deutschsprachigen Veröffentlichung findet man derart komprimiert Angaben zu historischen wie aktuellen, die Türkei wie Deutschland betreffenden Sachverhalten zum Thema. Ebenso verdienen in der Darstellung besondere thematische Aspekte Aufmerksamkeit: Dazu gehört etwa die Unterstützung des nationalsozialistischen Deutschlands für den Aufbau einer rechtsextremistischen Bewegung in der Türkei, die durch die ganze Nachkriegszeit feststellbare enge Verbindung der Rechtsextremisten in eine Anti-Guerilla-Strategie u. a. im Zusammenhang mit der Kurden-Frage, aber auch deren ideologische Entwicklung von einem laizistisch zu einem islamistisch geprägten Nationalismus.

Für die Beobachtung und Einschätzung des Wirkens der türkischen Rechtsextremisten in Deutschland sind vor allem die Angaben zu den jeweiligen Organisationen und deren öffentlichem Agieren von Bedeutung. Dabei heben die Autoren auch die Förderung derartiger Gruppen durch Unionspolitiker in Vergangenheit und Gegenwart hervor und weisen auf deren Rückendeckung durch Politiker auch der anderen Parteien hin, wozu etwa die Grünen zählten. Sie treten als einzige Partei aus Gründen der „Toleranz gegenüber Andersdenkenden“ z. B. offen für den Bau von teuren „islamischen Kulturzentren“ ein, „obwohl sie eigentlich wissen müßten, daß es kaum Unterschiede gibt zwischen Befürwortern des türkischen Islam und Rechtsradikalen“ (S. 219). Die Autoren beklagen denn auch, daß häufig Folklore- oder Kulturveranstaltungen zur Erwei-

terung der Massenbasis des türkischen Islamismus, Nationalismus und Rechtsextremismus dienen und trotzdem von den deutschen Behörden geduldet, mitunter sogar gefördert werden.

Trotz des nicht zu unterschätzenden hohen Informationswertes des Buches sind aber auch kritische Anmerkungen notwendig. So werden zahlreiche Angaben und Aussagen formuliert, ohne sie näher zu belegen. Darüber hinaus stellt sich bei einigen Einschätzungen die Frage, ob bestimmte Verallgemeinerungen in dieser Form haltbar sind. Dies gilt etwa für den unterstellten Zusammenhang zwischen türkischen Rechtsextremisten mit Geheimdienstkreisen, Mafiosi und Staatsbeamten. Aslan und Bozay versuchen diesen anhand eines Beispiels, nämlich jenes Verkehrsunfalls im November 1996, wo hochrangige Angehörige aller genannten Bereiche in einem Auto ums Leben kamen, zu belegen. So sicher es sein dürfte, daß dies kein Einzelfall ist, so muß aber auch kritisch gefragt werden, inwieweit es angemessen ist, hier schon fast verschwörungstheoretisch vom Bestehen eines „mörderischen Syndikats“ zu sprechen.

Überhaupt besteht hinsichtlich analytischer Aspekte bei den journalistischen Autoren eine Schwäche, was sich allein schon im Umgang

mit Arbeitsbegriffen zeigt. Keiner wird näher definiert und problematisiert. So sprechen Aslan und Bozay zwar statt vom türkischen Rechtsextremismus vom Faschismus, allerdings ohne sich über den inhaltlichen Gehalt dieses Begriffes und der Problematik seiner Anwendung auf das Gemeinte im Klaren zu sein. Hinzu kommt, daß sie offenbar das grobschlächtige Dimitroff-Verständnis vom Faschismus teilen, wenn es etwa heißt: „Die Rechtsextremisten dienen den Interessen der reaktionärsten Kreise des Kapitals...“ (S. 236) oder behauptet wird: „Der Kapitalismus müßte völlig abgeschafft werden, um den Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus grundlegend zu beseitigen“ (S. 235) – als ob es solche Phänomene nicht in den Ländern des sogenannten real existierenden Sozialismus gegeben hätte. Trotz dieser Schwächen verdient der Band Aufmerksamkeit, allein schon deswegen, weil empirische Untersuchungen unter türkischen Jugendlichen eine immer stärkere Hinwendung zu islamistischen und nationalistischen Auffassungen belegen.

Armin Pfahl-Traughber

Aslan Fikret/Kemal Bozay, Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1997 (Unrast), 225 S., 29,80 DM

Der Nürnberger Juristenprozeß

Am 4. Dezember findet in Frankfurt am Main eine öffentliche Veranstaltung zu der Thematik „Verpaßte Chancen? - 50 Jahre Juristenprozeß in Nürnberg“ statt.

Wie andere Führungsgruppen im Nationalsozialismus, ob in der Wehrmacht, der Wirtschaft oder der Ärzteschaft wurden im Rahmen der Nürnberger Nachfolgeprozesse auch führende Angehörige der NS-Justiz für ihre Beteiligung an den nationalsozialistischen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen. Mehr noch als der sogenannte „Hauptkriegsverbrecherprozeß“ wurden diese Prozesse gegen Angehörige traditioneller Eliten von der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft bald wieder verdrängt oder offen abgelehnt. Die Vertreter der juristischen Berufe, insbesondere in der Justiz selbst, kehrten nach kurzer Verunsicherung an ihre Arbeitsplätze

zurück, und wenige Jahre später war die Legende etabliert, die Justiz sei eigentlich Opfer des Systems gewesen.

Prof. Dr. Joachim Perels wird auf der Veranstaltung, die vom Fritz-Bauer-Institut in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte durchgeführt wird, in die Geschichte und Widersprüche des Nürnberger Juristenprozesses einführen. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion werden Prof. Dr. Norbert Frei, Dr. Helmut Kramer, Prof. Dr. Wolfgang Naucke und der hessische Justizminister Rupert von Plottnitz unter der Leitung von Prof. Dr. Michael Stolleis die juristischen und politischen Dimensionen und die gegenwärtige Bedeutung dieses großen Prozesses ausleuchten.

Ort: J.W.G.-Universität Frankfurt am Main, Hörsaal H (Hauptgebäude); 4.12.1997 um 19.00 Uhr. Info: Fritz-Bauer-Institut, Tel. 069/975811-0, Fax: -/975811-90.

Tagebuch

Inland

Berlin - Neben dem REP-Infotelefon und dem JN/NPD-nahen „NIT Berlin-Brandenburg“ gibt es mit dem „NIT Preussen“ seit dem 30. Oktober einen weiteren telefonischen Infodienst in der Hauptstadt. Betreiber des „Nationalen Infotelefons Preußen“ ist der in Berlin-Schönefeld lebende Neonazi Mike Penkert von der zwischenzeitlich nicht mehr existenten „Kameradschaft Beusselkiez“. 1996 meldete Penkert mehrere Sendungen von „Radio Deutschland/Radio Germania“ auf dem Offenen Kanal an. Das „NIT Preussen“ will sich, so das „Nordland-Netz“, „in seiner Berichterstattung von den anderen Einrichtungen vor allem dadurch unterscheiden, daß es gezielt Nachrichten über regionale Projekte und Aktivitäten von Gruppen bringt, die von den parteinahen NITs nicht gebracht werden. Auf diese Weise soll auch die Arbeit der unabhängigen Kameradschaften mehr beleuchtet werden.“ Neben den verschiedenen Radiosendungen und Regionalzeitungen rechnet sich das „NIT Preussen“ dem sogenannten „Nationalen Medienverband“ um die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ zu.

Berlin - Neben einer eigenen Homepage im Internet und der Mitarbeit im „Nordland-Netz“ hat die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) auch innerhalb des „Thule-Netzes“ ein eigenes BBZ-Informationsbrett eingerichtet. In einem „Aufruf an alle Aktivisten fordert BBZ-Chefredakteur Christian Wendt eine „umfassende Vernetzung“ aller „nationalen Medien“. In diesem Zusammenhang wolle man künftig „noch stärker als bisher“ mit den „Nationalen Infotelefonen“ (NITs) zusammenarbeiten. Das einträgliche Geschäft mit immensen Gewinnspannen bei der Produktion und dem Vertrieb von rechtsextremen CDs wollen sich die Neonazis Frank Schwerdt und Christian Wendt nicht entgehen lassen. Im „Thule-Netz“ gab der „Nationale Medienverband“ um die BBZ kund, daß man eine eigene Tonträger-Produktion aufgebaut habe. Verkauft werden u.a. Aufnahmen mit den Skin-Bands „Brutale Haie“, „Volksvertreter“ und „Sturm & Drang“.

Coburg - Seit Ausgabe 2/1997 des rechtsextremistischen Periodikums „Nation+Europa“ wird anstelle von Wolfgang Strauß ein Werner Baumann als Redaktionsmitglied genannt. Wie dem kürzlich

herausgegebenen Verfassungsschutz-Zwischenbericht 1997 des Landes Nordrhein-Westfalen zu entnehmen ist, verbirgt sich hinter dem Pseudonym „Werner Baumann“ der Mitherausgeber von „Nation+Europa“ Harald Neubauer.

Hamburg - Das „Nationale Infotelefon Schleswig-Holstein“ berichtet in einer seiner regelmäßigen Ansagen von einer neuen illegalen „Oi!-CD“ mit Gewaltaufrufen. Nach Angaben des NIT soll es sich um die Aufnahmen eines Liederabends vom 30. August in Mecklenburg handeln: „In zahlreichen Liedern wird dabei offen zur Ermordung von Politikern und Ausländern aufgerufen. Besonders befremdlich ist, daß es sich bei dem Liederabend um eine offizielle Veranstaltung der NPD gehandelt hat, bei der auch ein Vertreter des Parteivorstands anwesend war.“ Zuletzt hatte die illegale Verbreitung der „Oi!-CD“ mit dem Titel „Zillertaler Türkenjäger“, die weiterhin (!) über die Versandstruktur von „NS 88“ in Dänemark zu beziehen ist, bundesweit für großes Medieninteresse gesorgt.

Hoyerswerda - In der rechtsextremen Musikzeitschrift „Rock Nord“, herausgegeben vom „Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH“ (Langenfeld/Nordrhein-Westfalen) meldet sich Roman Dannenberg (Hoyerswerda/Sachsen) wieder in der Szene zurück. Gegen die Einsendung von 20 Mark bietet der Neonazi, einst Landesvorsitzender der „Deutschen Alternative“ in Sachsen, einen Farbkatalog für Tätowierbedarf an. Dannenberg hat sich in jüngster Zeit auf den Verkauf von US-amerikanischen Tätowiermaschinen und -zubehör spezialisiert. Zuvor versuchte er, mit einem „Textildesign & Versand“ (z.B. T-Shirts wie „Odins Volk Germania“) Geld zu machen.

Köln/Bonn - Seit Anfang November werden die Ansagen des „Nationalen Infotelefons Rheinland“ (Köln) auch ins „Thule-Netz“ eingespielt. „Peter Voss“ = Hans-Peter Krieger (geb. 1968), Sysop der Bonner Thule-Mailbox „Germania“, hat dafür eigens einen Point eingerichtet. Krieger startete seine rechtsextreme Laufbahn bei der „Wiking-Jugend“ (WJ), amtierte dann als Bonner Kreisvorsitzender der FAP und gründete 1990 die „Initiative Gesamtdeutschland“ (IG), die u. a. eine Veranstaltung mit dem Holoastleugner David Irving durchgeführte. 1994 kandidierte Krieger zur Kommunalwahl als Spitzenkandidat der Bonner NPD. Zur Feder greift er für die „Berlin-Brandenburger Zeitung“.

Köln - Die Partei der rechtsextremen „Republikaner“ wird für 1996 aus der staatlichen Parteienfinanzierung einen zusätzlichen Betrag in Höhe von DM 255.800,- bekommen. Dies entschied Presseberichten zufolge das Verwaltungsgericht Köln am 18. November dieses Jahres..

Lichtenberg (Bayern) - Das „Weltfundament für Natur-Wissenschaft“ führt Ende November in Lichtenberg ein Wochenend-Seminar durch. Dahinter verbirgt sich die antisemitische „Universale Kirche“ (UK). Die 1981 ins Leben gerufene theosophische Sekte zählt in Europa rund 1.000 Mitglieder, weltweit gegen 2.000 Mitglieder. Nach Eigenangaben sehen sich die Sektierer als „legitime Nachfolger“ der „Neuzeitkirche des Christus“ (1979-80), der „Brücke zur Freiheit“ (1952-1979), der „I AM Aktivität“ (1929-1939) und der Theosophischen Gesellschaft“ (1875-1991). Kritiker werden von der UK kurzerhand als jüdisch erklärt. Gründer, Präsident, Orakel und Repräsentant ist der gebürtige Brite Peter W. Leach-Lewis (Jg. 1938).

Mannheim - Das Amtsgericht in Mannheim verurteilte am 29. Oktober den 17-jährigen Neonazi Manuel Jacob zu einer elfmonatigen Jugendstrafe auf Bewährung. Dem Angeklagten wurden Körperverletzung, Raub und andere Delikte vorgeworfen. Der Skinhead Jacob erstellt seit Oktober 1995 das Skinzine „Doitsche Offensive“ und trommelt in der Mannheimer Musik-Kombo „Aufbruch“. Jacob gilt außerdem als Kopf einer Gang von jugendlichen Nazi-Skins, die in einem Stadtteil Mannheims zahlreiche Übergriffe auf mißliebige Gleichaltrige begangen hat.

Marburg/Stadtallendorf - Mitstreiter für eine „Initiative Demokratische Hochschule“ sucht per Inserat in der „Jungen Freiheit“ der rechtsextreme Marburger REP-Studentenvertreter Eike Erdel, auch Autor für „Nation+Europa“. Ziel soll sein, „konservative Alternativen zu den linksextremen Seilschaften“ in der Hochschularbeit zu etablieren.

Nürnberg - Der von Klaus Huscher (Nürnberg) betriebene „Volksbund Deutsches Reich“ (VBDR), der die Inkraftsetzung der Reichsverfassung von 1919 fordert, begeht am 20./21. Dezember eine „Julfeier“, zu der Gleichgesinnte aus dem In- und Ausland eingeladen sind.

Pforzheim - Franz Schönhuber ist Anfang November auf einer Veranstaltung des „Freundeskreises Franz Schönhuber“ in Pforzheim vor rund

70 Rechtsextremisten, darunter auch 20 neonazistische Skinheads, aufgetreten. Als Gastgeber fungierten nach Angaben der lokalen „Pforzheimer Zeitung“ der Rentner Kurt Niewiem, und allen Abgrenzungsbeschlüssen von Parteichef Rolf Schlierer zum Trotz, der Pforzheimer REP-Stadtrat Fritz Herzberg. Niewiem gehörte in der Vergangenheit ebenfalls den „Republikanern“ an, ehe er zur 1991 gegründeten „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ wechselte und deren Landesvorsitz Baden-Württemberg innehatte. Zu den Rednern der Veranstaltung in der Gaststätte „Neue Wilhelmshöhe“ gehörte auch der einstige Pforzheimer REP-Funktionär und -Stadtrat Leo Thenn. Der 71-jährige Pensionär Thenn arbeitet seit geraumer Zeit erfolglos an der Konzeptionierung einer „Vereinigten Rechten“ (vgl. BNR 22/97). Als „Moderator für eine Vereinigung der Rechten“ empfahl sich in seinem rund einstündigen Vortrag der langjährige REP-Führer Franz Schönhuber. Während seines Auftritts gab Schönhuber bekannt, daß er für die Europawahl 1999 als Spitzenkandidat einer neuen Sammlungsbewegung von REP, DVU und dem BFB des Manfred Brunner zur Verfügung stünde. Die bevorstehende Bundestagswahl sei für die Rechte jedoch bereits verloren.

Schwetzingen (Rhein-Neckar-Kreis) - Bei der Wahl zum Schwetzingen Oberbürgermeister am 9. November, der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert war nicht zugelassen worden, erzielte der Kandidat der „Republikaner“, Hermann Rexhaus, 8,9 Prozent der Stimmen. Der 50-jährige Polizeibeamte Rexhaus kandidierte in der Vergangenheit für die REP zum Landtag, war Beisitzer im baden-württembergischen REP-Landesvorstand und gehörte bereits dem Gemeinderat der nordbadischen Spargelstadt an.

Uelzen - Als „uns nahestehend“ empfiehlt Schriftleiter Hans-Ulrich Kopp alias Friedrich von Lodenitz den Lesern des aktuellen „Witiko-Briefes“, Organ des revanchistischen „Witikobundes“, den rechtsextremistischen „Jomsburg-Verlag“ in Uelzen. „Für witikonische Bücherfreunde empfiehlt sich die alle acht bis zwölf Wochen erscheinende kostenlose Jomsburg-Antiquariatsliste mit hochinteressanten Titeln aus verschiedenen Bereichen“, so der Burschenschafter. Der im niedersächsischen Uelzen beheimatete „Jomsburg-Verlag“ („nationales Antiquariat, hauptsächlich von 1918 bis 1945“) von Jens Biernatzki und Josef Graf (vgl. BNR 1/97) wirbt in zahlreichen rechtsextremen Periodika, darunter die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“,



die revisionistische Schrift „Recht und Wahrheit“, die „Junge Freiheit“ und „Der Scheinwerfer“ von Eberhard Hefendehl, Drucker der „Nachrichten der HNG“.

Viöl - Roland Bohlinger, Kopf des größten rechts-extremen Verlagsimperiums in Norddeutschland (Verlag für ganzheitliche Forschung, Kultur-Verlag, Hutten-Verlag), bezichtigt in seiner jüngsten Werbesendung die „in unserem Staat zur Herrschaft gelangten Kräfte“, die „elementarsten Lebensinteressen des Deutschen Volkes“ zu „mißachten“. O-Ton Bohlinger: „Sie wollen das Volk durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen. Sie geben den Osten des Landes preis. ... Sie ziehen durch großzügige Aufenthaltsfinanzierung eine Flut von Immigranten ins Land und mit diesen eine ständig wachsende Zahl ausländischer Krimineller. ... Sie fördern Greuelpropaganda gegen das Deutsche Volk und Gehirnwäsche“. Daher soll die Leserschaft des Werbeprospektes das Buchangebot von Bohlinger, Anhänger der Glaubenslehre der Mathilde Ludendorff, zur „Weiterbildung“ nutzen.

Ausland

Dänemark (Kopenhagen) - Die erstmals bei Kommunalwahlen angetretene ultrarechte „Dänische Volkspartei“ konnte am 17. November ein landesweites Ergebnis von 6,8 Prozent für sich verbuchen. In den Großstädten Kopenhagen und Aarhus erzielte die „Volkspartei“, die nur in der Hälfte aller Kommunen kandidierte, Ergebnisse von rund zehn Prozent, in Kopenhagen kam sie auf sechs Mandate. Die rechtspopulistische Fortschrittspartei, von der sich die Volkspartei vor zwei Jahren abgespalten hatte, mußte bei den Wahlen einen tiefen Einbruch hinnehmen und landete bei 1,7 Prozent. Die Neonazi-Partei DNSB, die im Kopenhagener Vorort Greve angetreten war, holte dort 137 Stimmen.

Italien (Rom) - Bei Kommunalwahlen am 16. November in insgesamt 421 von 8103 italienischen

Adresse:

Gemeinden (rund 20 Prozent der wahlberechtigten Italiener waren aufgerufen) konnten sich in drei Provinzstädten die Kandidaten der rechtsgerichteten Berlusconi-Allianz durchsetzen. In dem nahe Pescara gelegenen mittelitalienischen Städtchen Chiesi wurde der der postfaschistischen „Alleanza Nazionale“ (AN) angehörende gemeinsame Kandidat des Rechtsbündnisses Nicola Mario Cucullo auf Anhieb mit 60,1 Prozent gewählt; auf die AN entfiel dort ein Einzelergebnis von 15,7 Prozent, die neofaschistische MS Fiamma Tricolore erhielt 8,8 Prozent. In den Städten Latina und Macerata erzielte die „Alleanza Nazionale“ Einzelergebnisse von 28,3 bzw. 18,3 Prozent.

Österreich (Leoben) - Herbert Schweiger (73), einst SS-Untersturmführer und Angehöriger der „Leibstandarte Adolf Hitler“ (LAH), später Gründungsmitglied der VDU und FPÖ, wurde vom Leobener Schwurgericht wegen „nationalsozialistischer Wiederbetätigung“ zu einer Haftstrafe von 15 Monaten verurteilt. Schweiger ist Verfasser des Machwerkes „Evolution und Wissen - Neuordnung der Politik“, worin die Staatsanwaltschaft eine „Adaptierung des NSDAP-Programms auf heutige Verhältnisse“ gebracht gesehen hatte. Beim Prozeß waren ca. 50 Rechtsextremisten anwesend. Angeführt wurden sie vom „Solidaritätskomitee Herbert Schweiger“ des Neonazis Robert Dürr. Dieser forderte in einem mit „Prozeß gegen die Wahrheit“ betitelten Flugblatt: „Schluß mit dem nach der Haager Landkriegsordnung kriminellen Justizterror gegen anständige Österreicher!“

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 255 94-100, Fax 255 94-190

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Gestaltung:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH;
Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg
Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten